

: Alle jungen Menschen haben das Recht, …

Am 31. Oktober 2026 gingen in deutschen Städten Zehntausende junge Menschen auf die Straße, darunter auch in Frankfurt – für eine bessere Bildung, ein bezahlbares Leben für alle, mehr soziale Gerechtigkeit, für den Schutz unserer Demokratie und gegen eine neue Wehrpflicht. Der Hessische Jugendring bezieht Stellung zu den Demonstrationen und den Folgen und Reaktionen in den Tagen danach:

- Dass junge Menschen Forderungen formulieren und Demonstrationen organisieren, ist gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen nachvollziehbar und es ist legitim. Unsere Gesellschaft steckt in vielen krisenhaften Veränderungen: die Klimakrise wird immer deutlicher spürbar, die Demokratie gerät durch rechtsextreme Wahlerfolge zunehmend unter Druck, international häufen und verschärfen sich Kriege und Konflikte, die Lebenshaltungskosten und Mieten steigen, während am Bildungs- und Sozialsystem zunehmend gespart wird. Die aktuellen politischen Herausforderungen sind immens, doch insbesondere die Stimmen junger Menschen drohen in den damit einhergehenden Debatten mit großer Routine unterzugehen. Sehr viele junge Menschen fühlen sich von den politischen Akteuren ignoriert und glauben nicht, dass sie tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Hieran muss sich dringend etwas ändern.

- Die daran anschließenden gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen sind klar zu verurteilen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind die genauen Hintergründe ungeklärt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die abendlichen Ausschreitungen in keinem direkten Zusammenhang mit den weitestgehend friedlichen Demonstrationen am Nachmittag stehen, sondern vielmehr das Ergebnis einer Unterwanderung und Instrumentalisierung der Proteste durch andere gewaltorientierte Gruppierungen waren.

- Die Berichterstattung über die Ereignisse ist legitim. Wer aber in der Berichterstattung oder in der Debatte die politische Demonstration vor allem oder sogar ausschließlich mit den Ausschreitungen verknüpft, macht einen Fehler und übersieht die berechtigten Interessen der jungen Menschen. Wer ausschließlich über die Ausschreitungen redet, trägt zur Verdrängung der legitimen politischen Forderungen der jungen Menschen bei.

- Aktuell machen viele junge Menschen auf sehr traditionelle demokratische Art auf ihre Anliegen aufmerksam: Sie machen von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gebrauch und gehen demonstrieren. Das ist nicht nur durch das Grundgesetz geschützt, sondern auch demokratisch sinnvoll und wünschenswert. Politik und Sicherheitsbehörden sind aufgefordert alles dafür zu tun, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene weiterhin ihre Interessen auf die Straße tragen können. Wir wollen uns keine Gesellschaft vorstellen, in der jungen Menschen, die friedlich demonstrieren, dieses Recht verwehrt wird.

- Zu guter Letzt: Die Beschreibung und Erklärung der Ausschreitungen in Frankfurt um “migrantische Milieus” ist in ihrer Pauschalität und als verkürzte Herleitung und Erklärung höchst problematisch. Sie trägt weder dazu bei, die Anliegen der Demonstrationen richtig zu verstehen, noch erklärt sie



die Ausschreitungen. Wir erwarten einen differenzierten Blick, der ohne pauschalisierende Narrative auskommt.

- **Was es braucht:** Junge Menschen, die sich auf verschiedene Arten in den gesellschaftlichen Diskurs mit ihren Positionen einbringen. Medien, die eine differenzierte Berichterstattung leisten, wenn es um junge Menschen, ihre Interessen und Generationengerechtigkeit geht, und die ein ausgewogenes Bild von jungen Menschen vermitteln. Behörden, die dafür sorgen, dass junge Menschen, die friedlich demonstrieren wollen, sicher von ihren Grundrechten Gebrauch machen können und sie vor störenden Gruppen mit anderen Interessen schützen. Politik, die die Themen und Interessen junger Menschen ernstnimmt und nicht lediglich die Legitimität der Formate der Interessensbekundungen in Frage stellt.

Stellungnahme des Hessischen Jugendrings vom 12. November 2026